

DIE LINKE.

Kreisverband Kleve

Kommunalprogramm 2009 Kreis Kleve

> **LINKS** ist mitten im Leben <

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	3
Sozialpolitik	5
Arbeitsmarktpolitik	7
Wirtschaftspolitik	8
Familienpolitik	9
Alte Menschen und Rentenpolitik	10
Jugendpolitik	11
Bildungspolitik	12
Wohnungspolitik	12
Energiepolitik	13
Verkehrspolitik	14
Agrarpolitik	15
Umweltpolitik	16
Kulturpolitik	17
Friedenspolitik	18
Gesundheitspolitik	19
Asylpolitik	20
Migrationspolitik	20
Kontakt zum Kreisverband	22

Demokratische und selbst verwaltete Kommunen im Kreis Kleve



Die sozialen, politischen und kulturellen Verhältnisse auf kommunaler Ebene prägen weitgehend unser Leben. An unseren Kreis mit seinen Kommunen richten sich wesentliche Erwartungen: Bezahlbarer und komfortabler Wohnraum; ausreichende, gute und sichere Arbeitsplätze; gute Verkehrserschließung bei wenig Belastung von Lärm und Abgasen; Vorrang für ein Nahverkehrs-system mit für alle Mitbürger bezahlbaren Fahrpreisen, hoher Netzqualität und einfachen Tarifen; gute Kindertagesstätten, Schulen und Bildungseinrichtungen, ein umfassendes Gesundheits-wesen; eine intakte Umwelt und gut erreichbare Naherholungsgebiete; vielfältige Einkaufs-möglichkeiten, interessante und bezahlbare Kulturangebote, Sport-, Freizeit- und Gemeinschafts-einrichtungen für alle Alters- und Interessengruppen; bürgernahe Verwaltung; kostengünstige und ökologisch sichere Abfallentsorgung; kurze Wege, umweltfreundliche und sichere Energie-versorgung usw.!

Die Wirklichkeit bei uns im Kreis Kleve mit seinen 16 Kommunen ist von diesen berechtigten Wünschen und Vorstellungen jedoch weit entfernt. Der neoliberale Kapitalismus durchdringt heutzutage fast alle Lebensbereiche.

Alles soll zur Ware werden. Die Kaufkraft der Einzelnen, der Familien und Partnerschaften entscheidet mehr als je zuvor darüber, was wir uns leisten können, wie wir leben und was aus uns wird.

Nach den neoliberalen Vorstellungen, die seit Jahren mehr oder weniger den Kurs der meisten Parteien bestimmen, soll der kommunale Aufwand möglichst gering sein, die Europa-, Bundes- und Landesvorgaben geräuschlos umgesetzt, das gesamte Leben weitgehend den Erfordernissen der Marktwirtschaft untergeordnet und von privaten Profitinteressen gesteuert werden. Infolgedessen wurde die kommunale Selbstverwaltung substanziell ausgehöhlt, zugunsten der oberen staatlichen Ebenen. Ihre wirtschaftliche Eigenaktivität, alternative Formen von Dienst-leistungen und Produktion sowie kulturelle Selbstbestimmung werden durch zahlreiche Gesetze und Verordnungen beschnitten und zurück gedrängt. Ideologische Kampagnen der interessierten Politik und mächtiger Medienkonzerne propagieren unablässig den angeblichen „Sachzwang Globalisierung“ und den neoliberalen Grundsatz „Privat vor Staat“.

Aufgrund der Finanzmisere, einschränkender Gesetze und neoliberaler Ordnungsvorstellungen geben die Kommunen durch immer weitere Privatisierungen demokratische Steuerungsinstrumente aus der Hand.

DIE LINKE. findet sich damit nicht ab. Gesellschaftliche Frustration, Ohnmachtsgefühle, dauerhafte Wahlenthaltung und Ausschluss von Wahlen sind nicht nur unmenschlich, sie sind eine gefährliche Brutstätte für rechtspopulistische und neo-faschistische Demagogie und mit demokratischen Grundsätzen unvereinbar. DIE LINKE unterwirft sich nicht den angeblichen Spar- und Sachzwängen, sondern deckt die Interessen auf, die dahinter stecken. Die schwere Finanzkrise und die heraufziehende schwere Wirtschaftskrise haben erneut und schlaglichtartig deutlich gemacht, wessen Interessen in unserer Republik und in der EU Vorrang haben. Hunderte Milliarden Euro an Steuergeldern werden für Zockerbanken, Finanzjongleure und marode Konzerne zur Verfügung gestellt, während die berechtigten sozialen Forderungen der Mehrheit der Bevölkerung als unbezahlbar abgetan werden. Forderungen nach Entschuldung der Kommunen werden als nicht finanzierbar zurück gewiesen.

DIE LINKE kämpft für eine echte Selbstverwaltung der Kommunen und ein selbst bestimmtes Leben aller ihrer BewohnerInnen. DIE LINKE. ist keine Stellvertreterpartei, sondern ein Angebot an alle, die sich wehren und ihre Lebensbedingungen gemeinschaftlich gestalten wollen. DIE LINKE hat sich gegründet, um all denen eine Stimme zu geben, deren Interessen missachtet und übergangen werden, denn es gibt nicht nur ein Recht auf Arbeit, sondern auch ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben, DIE LINKE als Parteiorganisation ist vorrangig da aktiv, wo die Menschen leben und arbeiten. Wir beteiligen uns an Kommunalwahlen, um auch in Rats- und Kreistagsvertretungen die Belange der arbeitenden Bevölkerung, ihrer Familien, der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten, der Rentnerinnen und Rentner, die Interessen der Frauen, der Einwanderungsbevölkerung und der ausgegrenzten Minderheiten zu vertreten.

Unsere Kommunalpolitik wird die Grundsätze einer neuen sozialen (sozialistischen) Politik immer wieder deutlich machen:

- Unsere Kommunalpolitik ist demokratisch und emanzipatorisch. Sie ist darauf gerichtet, Entscheidungen partnerschaftlich zu treffen und umzusetzen bzw. Entscheidungen direkt der Gesellschaft zu übertragen.
Dazu gehören die umfassende Information der Einwohnerschaft, öffentliche Versammlungen, bürgerschaftliche Beiräte auf allen wichtigen kommunalen Handlungsfeldern; umfassende Bürgerbeteiligung in Haushaltsfragen sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu fairen Bedingungen.
- Unsere Kommunalpolitik ist vom Grundsatz sozialer Gerechtigkeit geleitet. Chancengleichheit für alle in der Bildung und Ausbildung, im Berufsleben und bei der kulturellen Teilhabe haben für uns oberste Priorität. Soziale Sicherheit angesichts wachsender Lebensrisiken in allen Lebenslagen und Abschnitten ist für DIE LINKE. programmatischer Kernbestandteil.
- Unsere Kommunalpolitik ist vom Grundsatz der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit geprägt. Ressourcenschonung, Natur- und Umweltschutz, die weitgehende Ablösung der Wirtschaft auf Basis fossiler Energieträger zugunsten umweltverträglicher Techniken und Verfahren sind zur Überlebensfrage der Menschheit geworden. Umweltschutz und soziale Sicherheit bilden für uns keinen Gegensatz, sondern eine Einheit.

Bei den Bürgermeister- und Landratswahlen führen wir einen eigenen Wahlkampf und stellen dazu auch in einigen Städten/Gemeinden eigene Kandidaten und Kandidatinnen auf. Es gibt in NRW keine Stichwahlen mehr, aber die Mehrheitsverhältnisse im Kreis Kleve sowie in den meisten Kommunen lassen wenig Übereinstimmung mit den angebotenen Kandidaten anderer Parteien erkennen, um einen gemeinsamen Personen-Wahlkampf in diesem Bereich zu führen.

> **LINKS** ist mitten im Leben <

Sozialpolitik

Die von der rot-grünen Bundesregierung unter Schröder eingeführten sogenannten Hartz Gesetze haben die soziale Notlage vieler von Erwerbslosigkeit betroffener Menschen und ihrer Kinder auf dramatische Weise verschärft. Nicht nur, dass von dem gegenwärtigen Regelsatz eine Teilhabe am sozio-kulturellen Leben für die betroffenen Personen nicht mehr möglich ist, Erwerbslosen und ihren Kindern droht zunehmend Armut und soziale Ausgrenzung auf Dauer. Schon jetzt ist in unserem Kreis Kleve nahezu jedes 4 Kind von Armut bedroht. Die Bildungschancen dieser Kinder sind durch ihre soziale Benachteiligung auch in der Schule erheblich eingeschränkt. Die Perspektive dieser Kinder und ihrer Eltern kann und darf nicht ein Leben am Rande der Gesellschaft auf der Grundlage von Hartz IV ohne Chance auf sozialen Aufstieg sein sein.

Die unsozialen Hartz Gesetze sind zwar Bundesgesetze und können auch nur im Bund abgeschafft werden. Jedoch kann auf der Ebene der Kreis- und Kommunalpolitik durch flankierende Maßnahmen die schlimmste Not und die schlimmsten Folgen dieser unsäglichen Gesetze abgefedert werden.

Leider ist dies im Kreis Kleve durch die bisher politisch Verantwortlichen nicht im Ansatz versucht worden, im Gegenteil, in vielen Gemeinden des Kreises wird eine rigorose Behandlungs- und Überprüfungspraxis ausgeübt, die bundesweit ihresgleichen sucht („Klevert Landrecht“).

Diese im Kreis Kleve vielfach geübte Praxis führt u.a. dazu, dass Hartz IV Betroffene und ihre Kinder in ihren Wohnungen nahezu „ausgehungert“ werden, weil die tatsächlichen Kosten der Miete wie der Nebenkosten - gegen geltendes Recht - vielfach nicht übernommen werden und die Familien den Differenzbetrag von dem eh schon zu niedrigen Regelsatz bezahlen müssen, von dem eine soziale und kulturelle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und eine gleichberechtigte Wahrnehmung der Bildungschancen nicht möglich sind. In vielen Gemeinden in unserem Kreis ist ein Satz für sogenannten „angemessenen Wohnraum“ vorgeschrieben, der den realen Bedingungen an verfügbarem Wohnraum nicht im entferntesten entspricht. Im Klartext heißt dies: Da es nicht genügend „angemessenen Wohnraum“ im Kreis Kleve für die immer größer werdende Zahl von Hartz IV Empfängern gibt, nimmt die existentielle Bedrohung dieses Personenkreises und ihrer völlig unschuldigen Kinder stetig zu.

Viele Kinder kommen heute schon ohne Frühstück in die Schule, daher gehören kostenlose und gesunde Verpflegung für alle Schüler zu unseren Anliegen. Kinder dürfen nicht für den sozialen Status ihrer Eltern bestraft werden, sondern bedürfen im Rahmen der Chancengerechtigkeit einer besonderen Förderung. Soziale Herkunft darf nicht länger über die Bildungs- und Berufschancen von Kindern entscheiden.

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert deshalb als flankierende Maßnahme zu den Bundesgesetzen auf Kreis- und Gemeindeebene eine Übernahme der tatsächlichen Mietkosten, die Anpassung des „angemessenen“ Wohnraums an die tatsächlichen marktüblichen Mietpreise und die Verhinderung von Zwangsumzügen. Faire und würdige Behandlung der Erwerbslosen auf den Ämtern. Schaffung von Chancengleichheit im Bildungssystem für die Kinder von einkommensschwachen Familien wie Hartz IV Empfängern durch kostenlose Lehrmittel für jedes Alter. Die Bereitstellung eines kostenlosen Angebots für Nachhilfe/Schülerhilfe im gesamten Kreis Kleve für alle Kinder, sowie Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien zur Gewährleistung der Chancengerechtigkeit.

Ein Weihnachtsgeld in Höhe von 50,-Euro für jedes Kind aus einkommensschwachen Familien aus öffentlichen Mitteln ist ebenso erforderlich, denn immer mehr Kinder müssen an Weihnachten auf Geschenke verzichten, nur weil ihre Eltern kein Geld mehr für Weihnachtsgeschenke aufgrund von Arbeitslosigkeit und daraus folgender Armut haben.

Einführung sozialversicherungspflichtiger Jobs auf der Grundlage eines Existenz sichernden Mindestlohns anstatt Zwang in sogenannte „1 € Jobs“, die keine berufliche Zukunft ermöglichen.

Der christdemokratisch geführte Kreis Kleve fällt auch hier noch unter das vergleichbare Maß anderer Kreise in der Bundesrepublik zurück. Während in den meisten Kommunen, Kreisen oder gar Bundesländern mindestens 1,50 bis 2,00 Euro pro Stunde als sogenannte Mehraufwandsentschädigung gezahlt werden, wird im Kreis Kleve lediglich EIN Euro gezahlt.

Finanzielle Förderung unabhängiger Sozialberatungsstellen zur Beratung und Betreuung Rat- und Hilfesuchender Antragsteller. Immer mehr Hartz IV Betroffene klagen erfolgreich vor den Sozialgerichten, weil die Bescheide der Ämter oft fehlerhaft und zum Nachteil der Hilfesuchenden sind und damit die soziale Lage noch mehr verschärfen.

Besonders wichtig ist die Einführung eines Sozialtickets für den Kreis, damit auch für einkommensschwache Personen oder Familien Mobilität möglich ist.

Eine weitere Forderung ist die Einführung eines Kulturtickets. Immer mehr Menschen werden durch ihre finanzielle Situation von der Teilhabe am kulturellen Leben (Theater, Kino, Musikveranstaltungen etc.) ausgeschlossen. Eine so reiche Gesellschaft wie die Bundesrepublik kann es nicht länger hinnehmen, dass immer mehr Menschen von der sozialen und kulturellen Teilhabe ausgeschlossen werden.

Alle hier erhobenen Forderungen wären bei gutem Willen auf der Ebene des Kreises Kleve sofort umsetzbar, ohne dass auch nur ein Bundesgesetz geändert werden müsste. Den bislang im Kreis Kleve politisch verantwortlichen Parteien hat aber bislang der politische Wille gefehlt, die immer größer werdende Schere zwischen arm und reich durch sozialpolitische Maßnahmen abzufedern.

Stattdessen werden Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, deren Lebensleistungen durch die Hartz Gesetze nicht selten zerstört worden sind, denen Altersarmut droht, auch noch schikaniert und aus ihren Wohnungen gedrängt. Kinder können oft nicht an Klassenfahrten teilnehmen, weil das Geld nicht reicht und nur die Kosten für mehrtägige Fahrten übernommen werden.

DIE LINKE. wird sich auf allen Ebenen im Bund, im Land, im Kreis wie in der Kommune weiter für die Abschaffung der unsozialen Hartz Gesetze einsetzen.

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- Abschaffung von Hartz IV
- Erhöhung des Eck-Regelsatz auf € 500,- als Sofortmaßnahme
- Kostenlose Verpflegung in den Schulen
- Kostenlose Lehrmittel als Recht
- Fairer Umgang mit Menschen die Hilfe brauchen
- Keine kommunale Willkür gegen Hartz IV Empfänger, weg mit dem Klever Landrecht
- Keine Zwangsumzüge
- Übernahme der tatsächlichen Mietkosten
- Mehr soziale Betreuung für die Menschen vor Ort
- Chancengleichheit im Bildungssystem
- kostenlose Angebote für Schüler-Nachhilfe
- Weihnachtsgeld in Höhe von 50,-Euro (für jedes Kind aus einkommensschwachen Familien)
- besondere Maßnahmen gegen Kinder- und Altersarmut
- Einführung eines Sozialtickets im gesamten Kreis
- Einführung kommunaler Sozialpässe (incl. Sozialticket)
- Einführung eines Kulturtickets

Unser Hauptziel:

***Abschaffung von Hartz IV,
stattdessen eine gerechte Sozialpolitik, die eine sozio-kulturelle Teilnahme am Leben
im Rahmen der Grundsicherung (Grundeinkommen) gewährleistet!***

Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitsmarktpolitik steht nicht erst mit der Einführung der Hartz Gesetze in einem engem Zusammenhang mit der Sozialpolitik.

Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, droht der soziale Absturz in Hartz IV und damit die Zerstörung ihrer Lebensleistungen und Qualifikationen.

Das Prinzip „Fordern und Fördern“ klingt vielleicht verlockend, nur wird es in der Regel nicht angewandt. Von den meist unschuldig erwerbslos gewordenen Menschen wird in der Regel nur gefordert, fördern auf der Grundlage der erworbenen Qualifikationen wie Berufsausbildung findet nur sehr selten statt.

Tatsache ist, dass jedes Jahr in den Optionskommunen ein Teil von den durch die Bundesregierung zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Mitteln für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen und Mittel für das Programm 50+ zur Deckung fremder Verwaltungskosten verwendet werden. Das ist ein Skandal.

Der Kreis Kleve als Optionskommune hat in den letzten Jahren seit Einführung der Hartz IV Gesetze im Jahre 2005 sich durch eine besonders restriktive Handhabung dieser Bundesgesetze hervorgetan. Dies zeigt ein Vergleich mit anderen Kreisen und Städten in der Bundesrepublik. Ein solcher Umgang mit in der Regel unfreiwillig arbeitslos gewordenen Menschen hat mit sozialer wie christlicher Umgangsweise nicht mehr das Geringste zu tun.

Es kann nicht länger hingenommen werden, dass Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, in sogenannten 1€ Jobs gezwungen werden, die mit ihrer erworbenen Qualifikation in der Regel nichts zu haben. Andernfalls droht ihnen eine Sperre der Regelleistungen.

Die Hartz Gesetze sollten eine passgenaue Vermittlung in den Arbeitsmarkt bewirken, geschehen ist das genaue Gegenteil. Menschen werden aus Gründen der Statistik in „Arbeitsverhältnisse“ gezwungen, die mit ihrer Ausbildung nichts zu tun haben und in denen sie in der Regel keine realen Aufstiegschancen mehr haben. Wer nicht in einen 1€ Jobs gezwungen wird, darf als Leiharbeiter zu Dumpinglöhnen und ohne effektiven Kündigungsschutz arbeiten. Diese Menschen sind die Ersten, die dann in einer Krise wie der jetzigen, entlassen werden. Danach droht ihnen wieder der Absturz in Hartz IV und die würdelosen Überprüfungen durch die zuständige Verwaltung.

Der Kreis Kleve kann zwar Bundesgesetze nicht ändern, aber er kann dafür sorgen, dass die Umsetzung dieser Gesetze möglichst sozial verträglich umgesetzt werden, wie dies ja in vielen Städten, Kreisen und sogar Bundesländern (Berlin) geschieht.

Statt 1€ Jobs müssen Existenz sichernde und der Qualifikation entsprechende Jobs geschaffen werden, die sozialversicherungspflichtig und zeitlich unbegrenzt sind. Beispiele für den Aufbau eines funktionierenden öffentlichen Beschäftigungssektors gibt es bereits im Bundesland Berlin. Hier sind bereits mehrere tausend entsprechende und Existenz sichernde Jobs mit Perspektive geschaffen worden.

In der letzten Zeit häufen sich die Meldungen, dass viele Hartz IV Empfänger zu Zwangsumzügen getrieben werden. Andere müssen ihre Mietkosten, die den sogenannten „angemessenen“ Wohnraum übersteigen von ihrem Regelsatz bezahlen, was in der Praxis bedeutet, dass dieses Geld bei Lebensmitteln, Arztbesuchen, Kindern, Lernmitteln etc., eingespart werden muss.

Zusätzlich zu den Erwerbslosen gibt es noch eine andere, in der letzten Zeit stark ansteigende Gruppe von Hartz IV Empfängern: die sogenannten „Aufstocker“. Dies sind Menschen, die zwar eine Arbeit haben, aber von dieser Arbeit nicht leben können, weil sie einfach zu wenig verdienen und deswegen auf staatliche zusätzliche Unterstützung angewiesen sind.

Es muss eine sofortige Umkehr von einer solchen Arbeitsmarktpolitik veranlasst werden, die ihren Namen nicht verdient. Im Gegensatz zu einer Politik im Kreis, die in erster Linie die Arbeitslosen zu bekämpfen scheint, fordern wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslosigkeit bekämpft.

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- Abschaffung von 1 € Jobs zugunsten sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätzen
- Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS)
- Einführung der 30 Std.-Woche
- Mindestlöhne von € 10,- in allen Arbeitsbereichen
- Arbeitsvermittlung unter Berücksichtigung der persönlichen Qualifikationen
- Durchsetzung des neuen Vergaberechtes (z.B. kommunaler Bezug, Mindestlöhne, Arbeitsbedingungen)
- Wiedereinführung unabhängiger Arbeitslosentreffs und Sozialberatungsstellen

Unser Hauptziel:

Schaffung und gerechte Verteilung von Arbeit mit Existenz sicherndem Einkommen!

Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik unseres Landes, wie auch die des Kreises Kleve war in den letzten Jahren geprägt vom Geist des Neoliberalismus und der Ideologie des Marktradikalismus. Der Kernsatz der „Rüttgers Regierung“ in NRW „Privat geht vor Staat“ hat auch im Kreis Kleve dazu geführt, dass immer mehr Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge in private Hände verlagert worden sind, der Staat sich immer mehr seiner Verantwortung entzogen hat und die Belastungen für die Bürger vor allem im Energiebereich zum Teil drastisch gestiegen sind.

Dies ist unter anderem Ergebnis einer unverantwortlichen Politik der Privatisierung öffentlichen Eigentums. Diese Entwicklung fiel zusammen mit einer rigorosen Sozialpolitik, die ihren Namen nicht verdient, einer Politik des Lohndumpings, der Ausweitung der Zeitarbeit und Leiharbeit.

Die Folge ist eine sozialpolitische Stagnation die in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik beispiellos ist.

Kein Mensch in unserem Nachbarland, den Niederlanden, versteht, warum wir in unserem Land noch immer keinen Mindestlohn haben, der dort eine Selbstverständlichkeit ist.

Insgesamt 21 der 27 europäischen Staaten haben einen gesetzliche Mindestlohn.

In Europa haben, neben Deutschland, die Schweiz, Finnland, Dänemark, Schweden, Italien und Österreich auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns verzichtet, Diese Länder haben zwar keine gesetzlichen Mindestlöhne, allerdings gibt es hier branchenweite Mindestlöhne basierend auf Kollektivverträgen.

In den Niederlanden werden eben wegen des Mindestlohns höhere Löhne gezahlt, gleichzeitig sind die vergleichbaren Abgaben wie die finanziellen Belastungen der Bürger bei Wasser, Abwasser und Strom deutlich niedriger als bei uns im Kreis Kleve.

Folglich muss es im Kreis Kleve sozial- und wirtschaftspolitische Defizite geben, denn was unsere Nachbarn zu Wege bringen, sollten auch wir zu leisten im Stande sein.

Deshalb fordert Die LINKE. im Kreis Kleve eine sofortige Abkehr von der fatalen Politik der Privatisierung öffentlichen Eigentums und des Lohndumpings.

Es ist ein Skandal, dass mit dem elementarsten und unverzichtbaren Lebensmittel, dem Wasser, private Unternehmen mit einer monopolistischen Machtstellung nach Belieben Profite erzielen können.

Wasser im Kreis Kleve gehört nicht in die Regie eines Privatbetriebes (mit Profitmaximierung), sondern muss in den Händen der Kommunen bleiben oder zurück geführt werden.

Die rigorose Privatisierung hat dazu geführt, dass die Verbrauchspreise lebensnotwendiger Bereiche wie Wasser, Heizung, Strom etc. in den letzten Jahren drastisch gestiegen sind und für viele Bürger mittlerweile nur noch schwer oder gar nicht bezahlbar sind. Es sind in diesem Bereich eine Vielzahl von Stromsperrungen bekannt.

Eine andere Wirtschaftspolitik ist möglich. DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert deshalb eine neue verantwortungsvolle regionale Wirtschaftspolitik.

Rekommunalisierung der zuvor privatisierten Bereiche, denn kommunale Betriebe sichern Arbeitsplätze vor Ort, starke Kommunalbetriebe bieten mehr jungen Menschen Ausbildungschancen
Der Wiederaufbau kommunaler Betriebe ermöglicht Kostensenkungen bei den Gebühren im Bereich der kommunalen Ver- und Entsorgung, Geld das beim Bürger im Kreis Kleve ankommt und die Privathaushalte entlastet.

Arbeitgeber müssen ihrer sozialen Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern gerecht werden, das heißt keine Zeitverträge und keine Leiharbeit.

1 € Jobs müssen abgeschafft werden, zur Arbeit gehört auch die Entlohnung, 1 € Jobs sind Frondienste. Förderung regionaler Märkte und des Mittelstandes im Kreis Kleve durch stärkere Einbindung bei öffentlichen Aufträgen, das heißt keine öffentlichen Aufträge an Firmen, die Lohndumping betreiben. Faires Unternehmertum braucht auch faire Chancen.

Wir wollen keine Niedriglöhne im Kreis Kleve und treten für einen Mindestlohn von 10,- € ein. Kommunale Haushalte müssen handlungsfähig bleiben, ein Absenken der wichtigsten Einnahmequelle, der Gewerbesteuer, lehnen wir ab.

Wir stehen für die Rekommunalisierung im Verbund mit einem Mindestlohn, denn Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- Kommunale Betriebe sollen Arbeitsplätze sichern
- Rekommunalisierung der privatisierten Bereiche durchführen
- Bürger entlasten durch niedrige Gebühren im Bereich der kommunalen Ver- und Entsorgung
- Förderung regionaler Märkte
- Keine Zeitverträge im öffentlichen Dienst
- Kommune als Träger von Ausbildung
- Keine Niedriglöhne im Kreis Kleve, Zahlung von Mindestlöhnen
- Keine 1€ Jobs
- Keine Förderung oder Ansiedlung von Unternehmen, die Lohn-Dumping betreiben
- Keine öffentlichen Aufträge an Firmen, die Lohn-Dumping betreiben
- Durchsetzung des neuen Vergaberechtes
- Kein Absenken der Gewerbesteuer zu Lasten der kommunalen Haushalte
- Förderung des Mittelstandes
- Förderung ökologischer Wirtschaftsprojekte

Unser Hauptziel:

Den demokratischen Sozialismus mit gerechter Teilhabe am Gesamt-Vermögen!

Familienpolitik

Für uns ist Familie auch überall dort, wo Kinder leben. Egal ob leibliche oder adoptierte Kinder, egal ob in Teil-, Klein-, Groß- oder Patchwork-Familie lebend. Wo Kinder langfristig zum Haushalt gehören, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen ist Familie. Das ist auch unabhängig von Trauscheinen, sexueller Orientierung oder der Form, in der sie zusammenleben. Nicht die Form der Ehe soll steuerlich oder durch Zuwendungen privilegiert, sondern die Rechte aller sollen gestärkt werden, die für einander Verantwortung tragen.

Wir finden, dass Kinder keineswegs nur ein Privatvergnügen sind. Sie sorgen dafür, dass Gesellschaft, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft fortbestehen und sich weiterentwickeln können.

Wir fordern den Ausbau eines hochwertigen und elternbeitragsfreien Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebotes für alle Kinder. Kindertagesstätten, Schulen und Betreuungsangebote müssen auch den Bedürfnissen erwerbstätiger Eltern durch bedarfsgerechte, verlässliche Öffnungszeiten, Über-Mittag-Betreuung und Ferienbetreuungsangebote besser gerecht werden.

Wir setzen uns für eine kostenlose, qualitativ hochwertige öffentliche schulische Bildung ein. Vorschulische Bildung in der bisherigen Form lehnen wir ab, Kinder sollen Kinder bleiben so lange es möglich ist und langsam und spielerisch an das Lernen für das Leben herangeführt werden.

Zu einem umfassenden Bildungsanspruch gehören zur Chancengleichheit für alle Kinder auch Lehrmittelfreiheit, ein kostenfreies gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen, der gebührenfreie Zugang von Kindern zu kulturellen Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Theatern, Musikschulen und Sportstätten wie Schwimmbädern, Turnhallen, Sportplätzen sowie kostenlose Einrichtungen für Schülernachhilfe und Förderunterricht. Die Schaffung von familiengerechten Freizeitangeboten, wie z.B. kostenlose, ortsnah gelegene Abenteuerspielplätze mit Ferienbetreuung (z.B. in Millingen /NL), Vergünstigungen und Unterstützung für Eltern, wie Alleinerziehende mit mehreren Kindern (kindergerechte Freizeitgestaltung kostet Geld) muss eingerichtet und ausgebaut werden. Wir fordern ermäßigten (kostenlosen) Zutritt für Schwimmbäder, Tierparks, Konzerte sowie auch beim ÖPNV.

Einige Jugendämter im Kreis müssen besser aufgestellt werden. Es kann zum Beispiel nicht sein, dass man bei der Stadt Kleve nahezu ein Jahr warten muss, um Erziehungshilfe zu bekommen. Es kann nicht sein, dass man drei Monate auf eine einfache Antwort oder Rückmeldung für einen Termin oder eine Information warten muss. Offensichtlich fehlt hier Personal oder das entsprechend ausgebildete Personal?

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- Schaffung von familiengerechten Freizeitangeboten
- Zusätzliche Vergünstigungen für Eltern mit mehreren Kindern
- Stärkere Unterstützung von Alleinerziehenden
- Einrichtung einer kostenlosen Schülerhilfe
- Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit
- Volle Anerkennung unterschiedlicher Lebensformen
- Mehr, kompetentere und schnellere Kinder- und Jugendhilfe bei Hilferufen
- Erhalt und Ausbau von Frauenhäusern

Unser Hauptziel:

Eine Familienpolitik bei der alle Lebensformen die gleichen Rechte erhalten!

Alte Menschen und Rentenpolitik

Für ein Leben in Würde im Alter. In unserem abendländischen Kulturkreis stehen Kinder und alte Menschen nicht im Fokus der Gesellschaft, weil sie der Gesellschaft nicht nützlich erscheinen. Dazu im Gegensatz steht in der östlichen Kulturbetrachtung eine andere Sichtweise im Vordergrund, da müssen die Menschen der mittleren Generation ganz viel für die Gesellschaft leisten. Das höchste Gut der Gesellschaft sind die Kinder und die alten Menschen. Die Alten, werden dort als Weise angesehen und so auch entsprechend behandelt.

In unserer Gesellschaft befürchten immer mehr alte Menschen, im Alter in Armut leben zu müssen. Die Altersarmut steigt auch im Kreis Kleve. Verursacht durch Arbeitslosigkeit, Rentenreform, Gesundheitsreform, und andere gesellschaftliche Maßnahmen, leben immer mehr alte Menschen in der Angst von ihrer Rente nicht mehr leben zu können.

Alltägliche Dinge, die für einen Sozialstaat selbstverständlich sein müssten, wie der Gang zum Arzt, in die Apotheke etc. werden heute für immer mehr alte Menschen zum Luxusgut. Viele können die Kosten einfach nicht mehr bezahlen. Alten Menschen muss verstärkt die Möglichkeit gegeben werden, am sozialen Leben der Gesellschaft teilzunehmen.

Dazu ist es notwendig, dass die Rentnerinnen und Rentner trotz niedriger Rente in altersgerechten Wohnungen - möglichst in ihren eigenen Wohnungen - verbleiben können. Das innerstädtische Wohnungsangebot durch Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (sozialer Wohnungsbau) oder eine gezielte Förderung des Zusammenwohnens von Jung und Alt unter einem Dach sollte verstärkt gefördert werden (Mehr-Generationen-Haus).

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- Ein Leben in Würde im Alter
- Wohnen und Leben in bezahlbarem, alters- und behindertengerechtem Wohnraum
- Förderung des sozialen Wohnungsbau in innerstädtischen Bereichen
- Mehr Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
- Förderung der Mobilität alter und behinderter Menschen
- Förderung von Lebensgemeinschaften die jung und alt integrieren (Mehr-Generationen-Häuser)
- Verbreiterung des Hospitzangebotes

Unser Hauptziel:

Mehr Ansehen und Würde für alte Menschen und ein Leben in finanzieller Absicherung

Jugendpolitik

Jugendliche brauchen Entwicklungsmöglichkeiten und Raum zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit.

DIE LINKE. legt sehr viel wert auf eine solide Jugendpolitik und fordert mehr Ausbildung in die Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen als die bisher von den Wirtschaftskräften bzw. Schulen präferierte, die lediglich eine Ausbildung zum Beruf als erstrebenswert erachten.

Dazu ist auch zwingend die spezielle Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund notwendig, um ihnen die gleichen Chancen zu ermöglichen. Es gehört weiter eine größere Teilhabe am kulturellen Leben und mehr Möglichkeiten zur musischen Entwicklung in den Vordergrund. Für DIE LINKE ist der kostenlose Besuch von Musik – und Kunstschulen als Teil einer ganzheitlichen Persönlichkeitsentwicklung eine Selbstverständlichkeit.

DIE LINKE. steht für die Förderung einer eigenen alternativen Jugendkultur, sie wird sich für die Einrichtung eines Jugendbeirates im Kreistag und in den Kommunen einsetzen.

Erwachsenwerden braucht Raum und eigene Plätze für sich. Deshalb wird sich DIE LINKE. stark machen für die Schaffung von mehr Jugendzentren in allen Kommunen des Kreises. Vorteilhaft sind dafür auch mehr Freizeitstätten mit kulturellen Einrichtungen sowie die Bereitstellung von mehr Proberäumen für jugendliche Musiker. Die Nutzung von Sportstätten ohne Vereinsbindung ist zu ermöglichen und die integrative Einbindung von Behinderten in alle öffentlichen Einrichtungen.

Wir möchten mehr Sport – und Schwimmhallen im Kreis, die auch unter Jugendaspekten konzipiert werden. Freier und kostenloser Zugang für alle Jugendliche zu allen Büchereien und VHS-Veranstaltungen gehören ebenfalls zu unserer Maxime.

Vor allen Dingen müssen die Plätze und Stellen für zwangloses Treffen erhalten oder neu geschaffen werden. Zur selbständigen Entwicklung gehört auch die Schaffung von Jugendwohngemeinschaften.

Die Einbindung eines eigenverantwortlichen Jugendbeirates in allen Kommunen im Kreis wird von uns als geeignetes Mittel gesehen, die Interessen von Jugendlichen in ihrem Lebensbereich zu vertreten.

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- Schaffung von mehr Jugendzentren
- Mehr Ausbildung in die Persönlichkeitsentwicklung
- Stärkere Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- Einrichtung von Jugendbeiräten im Kreistag und in den Kommunen
- Förderung einer eigenständigen Jugendkultur

Unser Hauptziel:

Stärkere Entwicklungsmöglichkeiten für Jugendliche und mehr Mitspracherecht!

Bildungspolitik

Bildungspolitik ist Ländersache, aber der Kreis Kleve und ihre Kommunen können und müssen Einfluss darauf nehmen. Es muss eine Umkehr von der schleichenden Privatisierung der Bildung zu Gunsten des freien Zugangs zu allen Bildungseinrichtungen stattfinden.

Bildung ist Allgemeingut, denn es heißt ja auch „Allgemeinbildung“. Sie darf nicht das Privileg gehobener Einkommen sein und in jedem Fall dem Einfluss von Monopolisten wie dem Bertelsmannkonzern entzogen werden, deren verheerender Einfluss sich zur Einführung von Studiengebühren ja bereits bemerkbar gemacht hat.

Ende Januar 2009 wurde im WDR veröffentlicht, dass 2008 in NRW mehr SchülerInnen bei Gesamtschulen abgelehnt wurden als angenommen, traurige Spitze ist der Kreis Kleve.

DIE LINKE. will ein Bildungssystem, das nicht ausgrenzt, sondern alle fördert. Dazu muss das dreigliedrige Schulsystem abgeschafft werden zugunsten einer Schule, in der bis zum 10. Lebensjahr alle Schüler gemeinsam lernen und speziell gefördert werden.

Die Bildung soll wieder mehr Wert auf die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern legen, um sie zu selbstbewussten und sozialkompetenten Jugendlichen werden zu lassen, anstatt sie nur beruflich zu qualifizieren. Keine Konditionierung der Schüler für die Wirtschaft, keine Förderung von Eliten.

Es sollen darüber hinaus in allen Kommunen ausreichende Jugend- und Erwachsenenbildungsprogramme angeboten werden.

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- Eine Schule für Alle mit kleinen Klassen und mehr sozialer Betreuung
- Mehr Bildung im musischen Bereich
- Ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit
- Mehr Bildung zum Eigenwert und nicht nur berufliche Qualifizierung
- Schaffung von mehr integrativen Schulen
- Genügend Lehrpersonal
- Professioneller Schultransport mit ausreichenden Kapazitäten
- Nicht der soziale Status darf über den schulischen Werdegang entscheiden, sondern die Begabung des Kindes
- Vermittlung von Humanwerten zur Orientierung
- Den Weg hin zu starken, freien und selbstbewussten Kindern

Unser Hauptziel:

***Bildung für Alle in einer Schule für Alle mit Entwicklung zu starken,
freien und selbstbewussten Menschen!***

Wohnungspolitik

Wohnen ist ein Menschenrecht, aber dieses Grundrecht auf Wohnraum wird immer stärker den Gesetzen der Marktwirtschaft untergeordnet, soziale Bedürfnisse der Bürger sind auch hier ins Hintertreffen geraten. Auf kommunaler Ebene muss dem entgegengewirkt werden.

DIE LINKE. im Kreis Kleve ist gegen den Verkauf kommunaler, landes- und bundeseigener Wohnraumbestände und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, gegen das Auslaufen von Sozialbindungen, für die Verhinderung von Zwangsumzügen wegen Hartz IV und anderer unsozialer Gesetze und für die kostenlose Beratung und den Beistand für Mieter bei allen unsozialen Maßnahmen von Eigentümern.

Kommunale Wohnungsunternehmen sollen nicht nur einen Mindestbestand an gut erhaltenen Wohnungen besitzen, sondern auch den Neubau von preiswertem Wohnraum mit öffentlicher Förderung sicherstellen und damit Einfluss auf die kommunale Mietpreisbildung nehmen.

Die Mietspiegel in den Gemeinden und Städten müssen aktualisiert werden.

Die Wohnkosten für die Mieter explodieren, darum brauchen Mieter mehr Rechte. Wohnen muss sich jeder wieder leisten können. Auch sollen mehr Stadtteile gefördert werden, die an ökologischen Kriterien ausgerichtet sind (sogenannte Ökosiedlungen). Dies betrifft insbesondere die Verkehrsplanung sowie Energiestandards und eine regionale Energieversorgung mit erneuerbaren Energieträgern.

Förderung von Mehr-Generationen-Häusern, denn sie schaffen ein neues nachbarschaftliches Miteinander und mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft zwischen den Generationen, den Jugendlichen und Menschen mit Migrationshintergrund. Mehr-Generationen-Häuser weisen auch andere Merkmale auf wie z.B.; sie fördern das Miteinander in der Region, integrieren vorhandene Bildungs-, und Beratungsangebote vor Ort, fördern Kunst und Kulturangebote, unterstützen Eltern in der Erziehungskompetenz, motivieren Personen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Verhältnissen.

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- Förderung von gemeinnützigen und genossenschaftlichen Projekten
- Förderung von Ökosiedlungen
- Förderung von Mehr-Generationen-Häuser
- Aktualisierung der Wohnungsmietspiegel
- Bezahlbarer und ausreichender Wohnraum für alle
- Vorkaufsrecht der Kommunen bei Neuerschließung von Bauland

Unser Hauptziel:

***Vielfalt in den Wohn- und Lebensformen mit > Mehr-Generationen-Häuser <
und ökologischer Bauweise, bezahlbarer und ausreichender Wohnraum für alle!***

Energiepolitik

Gerade in der Energiepolitik ist es besonders ersichtlich wohin der neoliberale Kurs hinsteuert. Wildwuchs bei den Energiepreisen zur Profitmaximierung ist an der Tagesordnung.

Zum Anfang des Jahres 2009 haben wieder zahlreiche Energiekonzerne ihre Strompreise erhöht. Bereits heute ist die Stromrechnung für Millionen Menschen unbezahlbar. Aber die Bundesregierung sieht tatenlos zu und traut sich nicht, das Kartell der großen Energieversorger anzutasten. Deswegen fordert DIE LINKE. im Bundestag in einem Antrag, den Strommarkt zu regulieren und Strompreissenkungen durchzusetzen.

Dazu gehören für DIE LINKE. im Kreis Kleve, dass wieder alle Energieversorger in öffentliche kommunale Hände kommen und finanziell schwache Mitbürger Sozialtarife auf Energiepreise erhalten. An der elementaren Grundversorgung dürfen keine Profite im Vordergrund stehen.

Wir wollen eine umfassende energetische Sanierung und Umstellung auf nachhaltige Energieträger (wie Solarkraft, Erdwärme, etc.). Wir sind gegen den Neubau von Kohlekraftwerken und werden die Vorstöße zu einer Kurskorrektur > wieder hin zur Atomkraft < wie von einigen Parteien propagiert, extrem bekämpfen.

Wir streben aber neben einer erneuerbarer Energieversorgung auch eine Umrüstung von Heizungen mit Umweltbrennern an, zur Energieeinsparung bei fossilen Brennstoffen.

In jeder Stadt und allen Gemeinde sollen in der Verwaltung Energieberater-Stellen geschaffen werden, die öffentliche Gebäude und Sportanlagen überprüfen, bzw. betreuen.

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- Niedrige und bezahlbare Energiekosten
- Rückführung aller privatisierten Bereiche in die Kommunen
- Sozialtarife für bedürftige Bürger
- Förderung alternativer Energieträger
- Nutzung dezentraler Stromerzeugung
- Einstellung von Energieberatern in den Kommunen
- Sanierung von öffentlichen Gebäuden zur Energieeinsparung
- Umrüstung von alten Heizungen mit Umweltbrennern
- Kein Bio-Sprit an unseren Tankstellen, da Produktion von Lebensmitteln Vorrang haben muss

Unser Hauptziel:

Sorgsamer Umgang mit fossiler Energie und Umstellung auf alternative Energien zu sozialen Preisen!

Verkehrspolitik

Der Kreis Kleve ist der zweitgrößte Flächenkreis in NRW mit 1232 qkm und einer Ausdehnungen von ~ 80 km in Nord-Süd-Richtung und ~ 40 km in West -Ost-Richtung.

Es leben über 300.000 Einwohner in dieser Region. Die müssen mobil sein, wenn sie zur Arbeit fahren oder privat unterwegs sein wollen. Der Kreis Kleve liegt in der Unfallstatistik des Landes immer im oberen Bereich (über dem Landesdurchschnitt) und hat eine Vielzahl von jugendlichen Unfalltoten zu beklagen. Es sind zurzeit 34 Geschwindigkeitsmessenanlagen (sogenannte Starenkästen) in Betrieb um die Straßen sicherer zu machen.

DIE LINKE will einen anderen Weg der Verkehrspolitik gehen:

Wir wollen ein dichtes, weitverzweigtes Netz von Nahverkehrsverbindungen im ganzen Kreis in öffentlicher Regie und zu attraktiven Preisen. Europa wächst immer näher zusammen, daher fordern wir wieder die Aufnahme der Zugverbindungen von Kleve nach Nijmegen und von Emmerich nach Arnhem, wie sie vor einigen Jahren noch bestand.

Wir streben kostenlosen Busverkehr an wie in Hasselt (Belgien).

Wir unterstützen die Forderung nach einem Sozialticket auf allen Strecken innerhalb des Kreises und aller Kommunen. Mehr öffentlicher Linienverkehr und Reduzierung der Bürgerbusse, dadurch Schaffung von Arbeitsplätzen.

Wir sind gegen die Betuwe-Eisenbahnlinie die auf der rechtsrheinischen Seite von Rotterdam über Emmerich nach Oberhausen in der Planung/Entstehung ist und ein extrem hohes Risiko für die Region sowie für die Stadt Emmerich darstellt, da auf den Gleisen unter anderem auch gefährliche Güter transportiert werden sollen. Neben anderen Aspekten, die zur Ablehnung dieses Projektes durch die Mehrheit der Bevölkerung führen, ist auch der Lärmschutz ist nicht ausreichend berücksichtigt worden. Wir fordern kompromisslos die Linienführung entlang der Autobahn A3 durch siedlungsfernes Gebiet.

Der Flughafen Niederrhein Weeze ist das Privatunternehmen des Niederländers Buurman. Mittlerweile sind über 50.000.000 € an Steuergeldern in den Flughafen investiert. Der Kreis hat dabei lediglich einen Anteil von gerade mal 2 % erworben, statt der versprochenen 49 % an dem Besitz zu erhalten. Bis heute sind die entsprechenden Verträge nicht unterzeichnet worden. Die groß angekündigte „Jobmaschine“ für die Region hält nicht das, was versprochen wurde. Es sind in der Mehrzahl unterbezahlte Arbeitsstellen, Teilzeitarbeit, 400 Euro-Jobs und Zeitarbeits-Verträge, die aus Steuergeldern zusätzlich bezuschusst werden. Viele Arbeitsplätze werden von Mitarbeitern aus ganz Deutschland besetzt und nur wenige aus dem Kreis. Das eigentliche Ziel ist dadurch verfehlt.

DIE LINKE. Kreisverband hat bisher immer eine kritische Distanz (bis zur Ablehnung) zum Flughafen Weeze gezeigt, will sich aber auch dem Eindruck, dass der Flughafen von der Bevölkerung allgemein (aus den verschiedensten Gründen) angenommen wird, nicht verschließen und akzeptiert unter wirtschafts- und arbeitspolitischen Aspekten, bei einigen noch zu erfüllenden Forderungen, den status quo dieses Projektes.

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs
- Wiederbelebung des deutsch-niederländischen Schienenverkehrs
- Mehr Buslinien zu niedrigen, bezahlbaren Preisen
- Sozialticket auf allen Strecken im Kreis Kleve und seinen Kommunen
- Reduzierung der Bürgerbusse zugunsten von öffentlichem Linienverkehr
- Kein Aus- und Weiterbau der Betuwe-Linie auf der geplanten Trasse
- eine gründliche, nachvollziehbare Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des Flughafens Weeze für den Kreis Kleve >
- umgehende Rückzahlung der Kredite an den Kreis oder die Überschreibung der Geschäftsanteile an den Kreis Kleve >
- sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, die einen Mindestlohn von € 10,00 nicht unterschreiten und unbefristet sind >
- ein neues Gutachten über die Lärmbelastung und Luftschadstoffbelastung >
- ein neuer Flächen-Nutzungsplan für das gesamte Gelände u. die Umsetzung der Ergebnisse

Unser Hauptziel:

Weg von der Autolobby, hin zu einem kostengünstigen (kostenlosen) öffentlichen Nah- und Fernverkehr!

Agrarpolitik

Der Kreis Kleve ist auch heute noch stark landwirtschaftlich geprägt.

Neben den zahlreichen Bäuerinnen und Bauern gibt es hier auch Lebensmittel verarbeitende Industrien in großer Zahl. Ziel der LINKEN ist es, die Landwirtschaft hier zu erhalten, zu fördern und auszubauen.

Die bisher ungebrochene Bedeutung des Bio-Marktes wird deutlich durch Verbraucherinnen und Verbraucher, die den höheren Aufwand der Produktion honorieren, der durch höhere ökologische Standards, intensivere Kontrollen und mehr Arbeitskraftbindung entsteht. Doch nach wie vor wird die anhaltend steigende Nachfrage nach Ökoprodukten vor allem durch Importe bedient, während die einheimische, regionale Erzeugung bestenfalls stagniert.

Die Hürden und Risiken einer Betriebsumstellung vom konventionellen Anbau zum Ökolandbau sind für die Landwirtschaftsbetriebe offensichtlich nach wie vor groß. Deshalb muss die Politik hier ihre ökologische und soziale Verantwortung übernehmen, denn der Ökolandbau braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Bioprodukte schaffen und stabilisieren hier Arbeitsplätze und bieten gleichzeitig Chancen für regionale Produkte.

Die Absicherung einer von Verbraucherinnen und Verbrauchern akzeptierten Qualitätsproduktion von Nahrungsmitteln in Deutschland erfordert auch den Verzicht auf Agro- Gentechnik. Nun hat selbst Agrarministerin Aigner den politischen Willen zum Verzicht auf Gen-Maisanbau in Deutschland bekundet. Das ist ein längst überfälliger, aber eben nur ein erster Schritt. Besonders Biobäuerinnen und Biobauern, aber auch die große Mehrzahl der konventionellen Landwirtschaftsbetriebe erwarten endlich ein Anbaumoratorium, wie es auch DIE LINKE. seit Jahren fordert. Die große Mehrheit der Bevölkerung lehnt genetisch veränderte Nahrungsmittel ganz klar ab.

Wir sind für die Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt, um auch eine ausreichend qualitative Nährstoffversorgung der Bevölkerung zu erreichen und nicht nur ein vielfach degeneriertes Lebensmittelangebot.

Die Reduzierung der Bio-Gasanlagen in der Agrarwirtschaft wird von uns angestrebt, da die vormals guten Aspekte (Verarbeitung von Übermengen von Gülle) in den Hintergrund getreten sind und Lebensmittel angebaut werden, um die Anlagen mit Grundstoffen zu versorgen. Gülle wird weiterhin auf den Felder verrieselt und erhöht den Nitratgehalt der Erdschichten bis zum Grundwasser.

Wir sind für einen erhöhten Tierschutz in der Landwirtschaft und die Überprüfung der Einhaltung der entsprechenden Gesetze. Die Massentierhaltung soll in Stufen abgebaut werden und in eine Kleinbetrieb-Haltung übergeführt werden.

Dies bedeutet dann auch gleiche Arbeitsbedingungen für alle. Preisdumping auf Kosten der Umwelt und der Gesundheit der Tiere darf sich nicht mehr lohnen.

Ziel muss es sein, für die Bäuerinnen und Bauern eine Existenzgrundlage zu schaffen, welche das Auskommen von ihrer Arbeit sichert.

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- Pestizideinsatz in der Landwirtschaft verringern
- Keine Agro-Gentechnik auf unseren Feldern
- Keine Versuchsflächen in unserer Region
- Förderung von Bio-Landwirtschaft
- Mehr Angebote und Märkte mit regionalen landwirtschaftlichen Produkten
- Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt
- Keine weiteren Bio-Gasanlagen, bessere Nutzung der vorhandenen
- Tierschutz verbessern
- Keine Massentierhaltung

Unser Hauptziel:

Gesunde Nahrung aus ökologischem Anbau, ohne Gentechnik!

Umweltpolitik

Der Klimawandel hat auch den Kreis Kleve nicht unberührt gelassen, wie wir tagtäglich an vielen Erscheinungen feststellen können. Wir sind keine unberührte Insel, sondern den globalen Klima-Veränderungen ebenso ausgesetzt wie andere Teile dieser Welt.

Aber dennoch können wir im Kreis Kleve einiges zur Erhaltung und Verbesserung unserer Umwelt tun: Daher sind wir für weitere Renaturierung der Nierslandschaft und der Ausweitung der Auen-Landschaften am gesamten Rhein. Ebenso für den Erhalt des „Tweestrom“ in Kleve. Auch für die, durch die Betuwe-Linie (Bahnstrecke), evtl. wegfallenden Naturlandschaften sollen entsprechende Ausgleichsflächen geschaffen werden, die zu einem Teil, neben Naturschutzgebieten, als zusätzliche Schaffung von Naherholungsgebieten genutzt werden können.

Wir fordern ein Umdenken der Forstwirtschaft bezüglich der Monokulturen und eine Förderung für mehr natürliche, ursprüngliche Landschaften als Rückzugsgebiete für unsere einheimische Flora und Fauna. Wir setzen uns ein für die Beibehaltung der Betreuung von den Naturschutzgebieten in Kranenburg und Gelderland durch die NABU (Naturschutzbund e.V.) und einer größeren Ausweisung des Vogelschutzgebietes -Unterer Niederrhein-.

Jegliche Schwerindustrie muss aus unseren Städten und Gemeinden verschwinden und in entsprechende Gewerbegebiete umgesiedelt werden.

Auch der Müll muss vermieden werden, bevor er erzeugt wird und darf nicht in einem Mülltourismus enden, der auch andere Regionen belastet.

Es sollen keine weiteren Auskiesungsgebiete mehr zu gelassen werden, um die Grundwasserqualität nicht weiter zu verschlechtern.

Die Ausgestaltung der Kfz-Steuerreform wie auch der sogen. Abwrackprämie sind ein klimapolitischer Offenbarungseid. Statt die Kfz-Steuer konsequent am CO₂-Ausstoß auszurichten, sieht die Bundesregierung Steuerentlastungen für große Spritschlucker vor. Auch die fälschlich als Umweltprämie deklarierte Abwrackprämie lässt jegliche klimapolitische Lenkung vermissen.

Es muss wieder mehr der öffentliche Personenverkehr gefördert werden und dem Ausbau der Südumgehung in Kevelaer darf nicht statt gegeben werden.

Der Flughafen Weeze ist aus ökologischer Sicht abzulehnen (nicht aus wirtschafts- und arbeitspolitischen Aspekten). Er ist gegen den Willen der direkt betroffenen Mitbürger durch die im Kreis politisch Verantwortlichen durchgesetzt worden. Die Lärmbelästigung und Luftschadstoffbelastung ist ein wichtiges Argument, welches die Bezirksregierung in der Umweltverträglichkeitsstudie laut OVG Münster nicht entsprechend hat untersuchen lassen und schon dadurch ist die Zulassung des Flugbetriebes stark in Frage gestellt. Zum anderen befinden sich in der Nachbarschaft des Kreises Kleve schon eine Vielzahl von Flughäfen, die ebenfalls die Umwelt und unser Klima schädigen. Bis zu einer endgültigen gerichtlichen Entscheidung fordern wir deshalb jede weitere Planung für den Ausbau und jede weitere Investition den Flughafen Weeze betreffend zu unterlassen.

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- Weitere Renaturierung der Nierslandschaft
- Ausweitung der Auenlandschaft am Rhein
- Schaffung von Ausgleichsflächen, wegen Wegfall durch Industrieanlagen
- Mehr Ur-Wälder im Kreis Kleve
- Mehr Naturschutzgebiete ausweisen
- Beibehaltung der Betreuung von Naturschutzgebieten durch NABU
- Ausweisung des von NABU vorgeschlagenen Vogelschutzgebietes -Unterer Niederrhein-
- Schaffung von Naherholungsgebieten
- Keine weiteren Auskiesungsgebiete
- Kein Mülltourismus
- Schwerindustrie raus aus den Innenstädten
- Keine weiteren Bio-Gasanlagen
- Mehr Kontrollen des Emissionsausstoßes
- Kein Ausbau der Südumgehung in Kevelaer
- neue Umweltverträglichkeitsstudie für den Flughafen Weeze
- Erarbeitung von Alternativ-Konzepten für eine neue ökologisch verträgliche Nutzung des Flughafengeländes als Präventivmaßnahme bei Schließung durch das Verwaltungsgericht
- Keine Verfüllung von „Tweestrom“ in Kleve-Rindern

Unser Hauptziel:

Erhaltung unserer natürlichen Lebensräume und Renaturierung von Industrieflächen und Verhinderung von Großprojekten die Natur und Klima zerstören!

Kulturpolitik

Kultur ist ein altes Menschengut, es bestimmt eigentlich unser ganzes Leben und wird von jedem anders verstanden, die Definition von Kultur ist daher vielfältig.

Da wir in einem ländlichen Kreis leben, wird der Kulturbegriff stark mit der Brauchtumpflege verknüpft und der religiöse Faktor ist nicht unerheblich. Feuerwehren mit ihrem Helferauftrag und Schützenvereine sind fest etabliert. Es gibt aber auch die Kulturbereiche der bildenden und darstellenden Kunst, wie z.B. Tanz, Musik, Theater, Malerei, Bildhauerei, Literatur, etc., die ebenso ihre Berechtigung besitzen.

Und es gibt den Begriff der Jugendkultur oder Subkultur in ihrer ganzen Bandbreite.

DIE LINKE. im Kreis Kleve will den Kulturformen eine Unterstützung geben und ihre Lebensfähigkeit stärken die sich nicht nur dem sogenannten Mainstream verpflichtet fühlen.

Dazu gehört die freie und alternative Kulturszene, die keine oder nur wenig Unterstützung durch den Kreistag oder die Kommunen erhält.

Die Situation von freischaffenden Künstlern und Künstlerinnen müssen verbessert werden. Wir fordern die Beibehaltung und den Ausbau der Künstlersozialkasse. Es sollen mehr Räume in den Kommunen für Künstlerateliers geschaffen werden, sowie die Bereitstellung von Proberäumen für jugendliche und erwachsene Musiker.

Wir fordern im Kreis Kleve mehr öffentliche Kulturförderung und mehr Unterstützung der freien Musikszene. Da kommt sie ihrem originären Auftrag nicht genügend nach.

Eine eigene und selbstbestimmte Jugendkultur soll gefördert werden mit entsprechenden Einrichtungen und ausreichender finanzieller Ausstattung, sie soll in den angestrebten Kulturräten vertreten sein.

Kooperationen zwischen Kulturschaffenden und Schulen sind vermehrt anzuregen.

Wir sind gegen die weiteren Schließungen von Kinos in unserem Kreis, sondern wir wollen Programmkinos mit qualitativ hochwertigem Angebot.

Der Zugang und Teilhabe Aller an Kunst und Kultur ist für DIE LINKE. eine der wichtigsten und eigentlich selbstverständlichsten Forderung. Dazu gehört der freie und kostenlose Zugang zu allen öffentlichen Museen, Theatern und Büchereien. Festivals und Konzerte sind ebenfalls darin einzubinden.

Die Kunst im öffentlichen Raum (Plätze, Parks, Gebäude) sollen verstärkt Orte mit Kunst sein, zum Anfassen und Erfahren. Der erhöhte Stellenwert und der vermehrte Kunstunterricht an den Schulen wäre dazu ein weiterer Schritt.

Es darf auch in der Kultur kein Privat vor Staat geben, denn sonst verarmt die Kunst. Wir streben weniger Einflussnahme von Sponsoren auf die Inhalte von Kultur an und fordern mehr finanzielle Mittel für die Kulturlandschaft im Kreis Kleve.

Die Einrichtung einer Kulturdezernenten-Stelle im Kreistag ist eine geeignete Maßnahme zur Erreichung unserer Ziele, die ebenso dann einen Kulturrat im Kreistag, sowie den Kommunen zum Inhalt haben muss.

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- Auch in der Kultur kein Privat vor Staat
- Alternative Kunstszene erhalten und fördern
- Zugang und Teilhabe aller an Kunst und Kultur
- Mehr öffentliche Kulturförderung

Unser Hauptziel:

Keine Privatisierung der Kultur, sowie kostenloser Zugang für alle an Kunst und Kultur mit verstärkter Kulturförderung!

Friedenspolitik

Gerade die letzten Jahre belegen: Jagd nach Rohstoffen und neuen Absatzmärkten erhöhen das Kriegsrisiko. Die NATO und die europäischen Staaten versuchen zunehmend ihre Interessen mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

Die Bundeswehr wandelt sich gerade von einer Verteidigungsarmee zu einer offensiven Eingreiftruppe (Transformation). Die Münchener Sicherheitskonferenz 2008 hat gezeigt, mit welcher großen Schritten Deutschland auf eine Eskalation des Krieges in Afghanistan zugeht, denn die Panzerbrigade 21 aus dem ostwestfälischen Augustdorf ist im Rahmen der „Schnellen Eingreiftruppe“ im Kampfeinsatz in Afghanistan.

Sogar im Kreis Kleve in Kalkar/Uedem befindet sich eine Kaserne mit NATO-Auftrag (Headquarter der Luftüberwachungs Leitstelle) und hoher Sicherheitsstufe. Es starben schon etliche Soldaten im Auslandseinsatz und die Anzahl der traumatisierten Soldaten die nach ihrer Rückkehr in psychologische Behandlung müssen, wird immer größer. Aber auch eine große Anzahl Menschen der Zivilbevölkerung starben durch militärische Auseinandersetzungen, teilweise auch unter Bundeswehrebeteiligung. Deutsche Truppen müssen sofort raus aus Afghanistan. Wir sind gegen Bundeswehreinätze mit ihren Kosten und Folgekosten und gegen Rüstungsprojekte, denn sie vergrößern die Finanznot der Kommunen.

Wir treten ein für eine kommunale Friedenspolitik und fordern die Schließung aller Beratungsstellen der Bundeswehr zur Anwerbung von Soldaten in Schulen und öffentlichen Einrichtungen in unserem Kreis. Der Kreis Kleve mit allen Gemeinden und Städte sollen sich dem Netzwerk „Citys for peace“ anschließen, die Bürgermeister und der Landrat dem Bündnis „Mayors for peace“ beitreten.

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- Beendigung der zivil-militärischen Zusammenarbeit durch die Kommunen
- Stopp der Werbung für die Bundeswehr in kommunalen Einrichtungen und Schulen
- Die Beteiligung von Städten und Gemeinden am Netzwerk „Citys for Peace“
- Den Beitritt vom Landrat und allen Bürgermeistern zum Bündnis „Mayors for Peace“
- Eine ABC-Waffen freie Zone im Kreis Kleve

Unser Hauptziel:

***Eine zivile Gesellschaft ohne Militär,
keine Bundeswehr-Werbung in Schulen, öffentlichen Einrichtungen und Plätzen!***

Gesundheitspolitik

Gesundheit ist keine Ware, Gesundheit ist ein Menschenrecht und gehört in öffentliche Hand!

In einer modernen Gesellschaft ist eine für alle erreichbare Gesundheitsversorgung von existenzieller Bedeutung, gerade in den ländlichen Bezirken. Das gilt für die Versorgung von alten Menschen ebenso wie für Menschen mit Handicaps. Die Gesundheitsreform bedeutet für viele, dass sie sich eine gute medizinische Versorgung nicht mehr leisten können. Diese Erfahrung machen alte Menschen ebenso wie Menschen mit Handicaps, vor allem wenn sie pflegebedürftig sind und über keine Reichtümer verfügen.

Die Gesundheitsversorgung und die Gesundheitsvorsorge im Kreis Kleve sind auszubauen. Insbesondere niedrigschwellige Angebote sind zur Versorgung von Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrückt sind, wichtig. Die flächendeckende medizinische und pflegerische Versorgung von alten und kranken Menschen spielt dabei eine ebenso wichtige Rolle und ist zu erhalten wie Angebote der AIDS-Prävention, der Familienberatung und der Gesundheitsförderung. Hier sollten gerade Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen im Mittelpunkt stehen. Es ist nicht länger hinnehmbar, wenn bei mehr der Hälfte aller Kinder bei der Einschulung gesundheitliche Störungen festgestellt werden.

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- konsequente Gesundheitsförderung durch Gesundheitsförderung
- Präventiv Angebote und Maßnahmen
- die Einführung der Bürgerversicherung
- bedarfsgerechte, wohnortnahe Versorgung für Alle
- Privatisierung von Krankenhäusern stoppen oder wieder rückgängig machen
- die staatliche Krankenhausplanung- und Finanzierung erhalten
- dem Mangel an Ärztinnen/Ärzten, Pflegerinnen/Pflegern auf dem Land entgegensteuern, durch: planmäßige Nachwuchsförderung, gute Bezahlung sowie ein enge Vernetzung ambulanter und stationärer Einrichtungen (Polikliniken), durch Schaffung von Gemeindeschwesterstationen und durch gezielte Förderung von Landarztsitzen
- Erneuerung und Umdenken in der Pflege
- Behandlung von Menschen als Patienten und nicht als Kunde

Unser Hauptziel:

Eine radikale Änderung des Gesundheitswesens mit dem Mensch im Mittelpunkt!

Asylpolitik

Gemäß dem Haager Programm von 2004 ist das langfristige Ziel der EU die Regeln der Asylpolitik zu vereinheitlichen und ein gemeinschaftliches europäisches Asylsystem aufzubauen.

Durch die Abschottung der EU Außengrenzen ist die Zahl der Asylanträge in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen.

Für die Asylsuchenden wird es immer schwieriger Zugang zum Gebiet der EU zu erlangen. Tausende Flüchtlinge sterben jährlich im Mittelmeer. Wem es gelingt den Boden der EU zu betreten, dem droht Gefängnis und eine schnelle Abschiebung.

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- eine gemeinschaftliche Asyl- und Flüchtlingspolitik, unter Einhaltung der Menschenrechte – uneingeschränkt
- Menschen, welche wegen ihrer Nationalität, ihrer Religion, ihrer Weltanschauung, ihrer sexuellen Orientierung fliehen, müssen in Europa Schutz und Aufnahme finden. Dazu gehört ebenfalls die Anerkennung geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung als Asylgrund. Geflüchtete Kinder müssen besonders geschützt werden
- die Gewährung von Asyl muss unabhängig davon sein, ob Menschen aus sogenannten Drittstaaten in die EU kommen
- Abschiebehaft für Flüchtlinge lehnen wir kategorisch ab
- Wir fordern die konsequente Verhinderung von Sammelunterkünften
- der Kreis Kleve schiebt keine Flüchtlinge ab, welche durch ein Härtefallersuchen nach § 23a AufenthaltG ein Bleiberecht durch die Härtefallkommission des Innenministeriums NRW erhalten haben
- die Installierung einer Härtefallkommission auf kommunaler Ebene – mehr Kompetenz für Ausländerbehörden
- schulische Ausbildung und medizinische Versorgung für Flüchtlinge
- Erstellung eines Konzeptes zur „Legalisierung“ aller „Illegalisierten“ (Erteilung von Aufenthaltsgenehmigung)
- besondere Hilfestellung bei der Vermittlung von Erwerbsarbeit

Unser Hauptziel:

Der Kreis Kleve wird Teil eines offenen und demokratischen Europas. Menschen in Not werden aufgenommen und nicht abgewiesen! Menschlichkeit geht vor Nutzbarkeit !

Migrationspolitik

Eine gelungene Integration kann nur von unten, also konkret vor Ort aufgebaut werden. Denn das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturkreise findet hauptsächlich in den Kommunen statt.

Eine bessere Integrationspolitik ist neben interkultureller Toleranz die Politik der sozialen Gerechtigkeit.

Unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger und bunter. Wohin sie sich entwickelt, hängt entscheidend davon ab, ob alle Betreffende sich gemeinsam und solidarisch an den Prozessen beteiligen und mitgestalten. Wichtige Voraussetzung hierfür sind Toleranz und ein respektvolles Verständnis für andere Lebensweisen, sofern diese nicht mit den individuellen Freiheiten im Widerspruch stehen. Integration erfordert beidseitige Bereitschaft, einander zu verstehen und sich auf die neue gesellschaftliche Realität einzulassen. Die Integrationsdefizite, die angegangen werden müssen sind unter anderem:

- Räumliche Segregationstendenzen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen
- überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Migrationshintergrund.
- Probleme im Bildungsbereich
- mangelnde Möglichkeiten der politischen Teilhabe
- fehlende Anerkennung und Förderung der Kultur und Sprachen
- Rassismus im Alltag

DIE LINKE. im Kreis Kleve fordert:

- ein Integrationsverständnis, das unter Einbeziehung aller Migrantenorganisationen und eines Integrationsbeirates parteiübergreifend im Kreistag/in den Räten entwickelt wird. Dadurch wird eine Grundlage geschaffen, dass sich alle Kulturkreise heimisch und akzeptiert fühlen
- ein aktives und passives Wahlrecht für Alle, die seit Jahren hier leben. Das heißt: Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auch auf ALLE Nicht-EU-BürgerInnen, die ihren Lebensmittelpunkt hier haben
- ein Integrationsbeirat, der mit anderen Ratsausschüssen sowie Kreistagsausschüssen gleichgestellt wird. Seine Einbindung in alle entscheidenden Fragen wird durch Politik und Verwaltung gleichgestellt
- ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept, in dem die Städte und der Kreis die räumliche Abschottung gezielt verhindern. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass keine sozial-kulturell bedingte Segregationen entstehen
- öffentlich geförderte interkulturelle Projekte und Ansätze, insbesondere in der Jugendarbeit.
- zusätzliche Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen. Insbesondere die Förderung der Herkunftssprache, um die Integration aber auch die Bildungs- und Berufschancen zu verbessern. Antirassistische Arbeit wird außerdem in den Schulen kontinuierlich gefördert
- interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung in der Verwaltung. Bei Neueinstellungen in der Verwaltung werden entsprechend die Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund berücksichtigt. Antidiskriminierungsmaßnahmen werden im Bereich Arbeitsmarkt getroffen und durchgesetzt. Eine Antidiskriminierungsbeauftragte-Stelle wird in der Verwaltung installiert
- Gewissens- und Religionsfreiheit aller Menschen mit all ihren Strukturen und aktiv gegen jegliche diskriminierende Handlungen
- aktive Städtepartnerschaften bzw. Städtefreundschaften mit solchen Kommunen und Regionen, aus denen die hier lebenden Menschen ursprünglich stammen. Projektbezogene Partnerschaften werden zudem gezielt initiiert.

Unser Hauptziel:

Kulturelle Vielfalt bereichert: Deshalb Integration vor Ort gestalten !

> **LINKS** ist mitten im Leben <

Sozial is(t) mus(s)

www.die-linke-kreiskleve.de <> info@die-linke-kreiskleve.de

> **LINKS** ist mitten im Leben <